

CETA ist der Zwilling von TTIP Die NaturFreunde sagen „Nein“ zu den neoliberalen Freihandelsabkommen

Berlin, 18. August 2016 – „Die Ideologie für die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen CETA und TTIP stammt aus der Zeit vor der globalen Finanzkrise. Heute – sieben Jahre später – findet sie keine Mehrheit in der Bevölkerung“, erklärt Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands und kritisiert auch die geplante vorläufige Anwendung von CETA:

Die Gestaltung der Globalisierung kann nicht so aussehen, dass man alle Märkte so weit wie möglich öffnet, alle Regulierungsmöglichkeiten im öffentlichen Interesse unter den Vorbehalt stellt, dass dadurch keine „Handelshemmnisse“ entstehen, und eine Paralleljustiz und damit verbundene Klagerechte exklusiv für ausländische Investoren einführt.

Dies muss auch die Politik endlich zur Kenntnis nehmen. Deshalb ist es gut, dass nunmehr wachsende Teile der Regierungspartei SPD einen Schlussstrich unter die vom neoliberalen Geist geprägten Freihandelsabkommen ziehen wollen – und unter CETA (EU – Kanada), TTIP (EU – USA) und TiSA (Dienstleistungen).

SPD-Chef Sigmar Gabriel hat eingesehen, dass TTIP falsch ist. Deshalb ist nicht nachvollziehbar, dass sich Gabriel für CETA stark macht. Natürlich gibt es zwischen beiden Verträgen Unterschiede, so wie es auch zwischen den beiden jeweiligen Vertragspartnern USA und Kanada politische und wirtschaftliche Unterschiede gibt. Aber im Grundmuster entspringen beide zur Abstimmung stehenden Abkommen dem neoliberalen Ungeist der Deregulierung.

Keine Paralleljustiz schaffen

Kanada und die Staaten der EU sind Rechtsstaaten. Eine Diskriminierung ausländischer Investoren ist in keinem dieser Länder bekannt. Wenn Investoren auf Hindernisse für ihre Geschäftstätigkeit stoßen sollten, dann nur auf solche, die auch inländische Investoren betreffen. Aber kanadische Bergbaukonzerne sind weltweit als sehr klagefreudig gegenüber ihren Gaststaaten bekannt. Es gibt keinen Grund, einer Paralleljustiz zuzustimmen, die ein unabsehbares finanzielles Risiko schafft. Dabei spielt es nur eine untergeordnete Rolle, dass bei CETA erstmals ein sogenannter Investitionsgerichtshof eingerichtet werden soll. Nach wie vor gibt es keine Begründung für die Einführung einer Paralleljustiz, die ursprünglich für Investitionsschutzverträge mit Ländern mit erheblichen rechtsstaatlichen Defiziten erfunden wurde.

Wer der Meinung ist, dass es für Investitionen multinationaler Konzerne auch in demokratischen Rechtsstaaten einer gesonderten internationalen Vereinbarung bedarf, sollte stattdessen die Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen über einen Vertrag unterstützen, der neben Rechten auch Pflichten multinationaler Unternehmen definiert: das heißt nicht nur Unternehmen Klagerechte einräumt, sondern auch die Möglichkeit schafft, ausländische Investoren zu verklagen.

Pressemitteilung

Öffentliches Interesse wird Renditeerwartungen geopfert

Die Zukunft der Landwirtschaft liegt nicht darin, immer stärker auf Weltmärkte zu setzen, sondern verstärkt auf die Region. Dazu ist ein fairer Wettbewerb notwendig, um die Kosten für gesellschaftlich gewünschte Leistungen in Sachen Qualität, Tierschutz und Umweltschutz am Markt erwirtschaften zu können. Nur so kann eine bäuerliche Landwirtschaft überleben. CETA würde genau dies noch schwieriger machen.

CETA schränkt den politischen Gestaltungsspielraum der Länder und Gemeinden ein, für die Bürgerinnen und Bürger umfassende, effiziente und kostengünstige Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Letztlich geht es CETA darum, öffentliche Dienstleistungen kommerziellen Interessen und einer Marktlogik unterzuordnen, die eben nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, in der EU öffentliche Dienstleistungen für Renditeerwartungen privater kanadischer Anbieter verpflichtend zu öffnen – und umgekehrt auch nicht in Kanada.

Wachsende europäische Kritik an CETA

Die Kritik an CETA wächst europaweit weiter an. In Belgien haben die Parlamente von Wallonien und der Hauptstadtregion Brüssel – deren Zustimmung nicht nur für die belgische Ratifikation, sondern auch für eine Zustimmung im Europäischen Rat zwingend erforderlich ist – bereits mit großer Mehrheit beschlossen, diese Zustimmung zu verweigern. In den Niederlanden ist eine Volksabstimmung zu CETA in der Vorbereitung, an deren negativem Ausgang keine Zweifel bestehen. Die Regierungen und Parlamente in Slowenien, Österreich, Luxemburg, Ungarn, Rumänien und Bulgarien haben teilweise sehr deutliche Vorbehalte gegen CETA zum Ausdruck gebracht und die Zustimmung an Bedingungen geknüpft, die kaum erfüllbar sind. Auch die Zustimmung des deutschen Bundesrats ist fraglich.

Die EU muss vorsichtig sein. Eine vorläufige Anwendung von CETA wäre Wasser auf den Mühlen der EU-Gegner und vor dem Hintergrund der schwersten Krise der EU seit ihres Bestehens ein Pyrrhussieg der alten Handelspolitik mit fatalen Konsequenzen. Nicht die Verfahren müssen geändert werden, sondern die Inhalte.

5.020 Zeichen mit Leerzeichen – freigegeben

Rückfragen bitte an

NaturFreunde Deutschlands

Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur

Michael Müller

Bundsvorsitzender

(0172) 246 21 25

mueller@naturfreunde.de

www.presse.naturfreunde.de